

Die DGS und der Nationalsozialismus¹

Alexandra Schauer und Silke van Dyk

Hatte die Soziologie dem Aufstieg des Nationalsozialismus vor 1933 kaum Aufmerksamkeit geschenkt, so waren es nach dessen Etablierung vor allem jene, die ihn als politische Bewegung begrüßten, die sich auch um eine theoretische Auseinandersetzung bemühten. Bereits 1931 war Hans Freyers Buch »Revolution von rechts« erschienen. Es ist Ausdruck einer geistigen Haltung, in dessen Windschatten der Nationalsozialismus seinen Erfolgsweg antreten konnte. Nach 1933 folgten zahlreiche Aufsätze, in denen Freyer – der für die Geschichte der DGS im Nationalsozialismus im Folgenden eine zentrale Rolle spielen wird – die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft wohlwollend verfolgte. Aber auch fernab der Befürworter des nationalsozialistischen Regimes bewegte sich die soziologische Theoriebildung zu Zeiten der Weimarer Republik in einem geistigen Klima, welches, geprägt durch Kulturpessimismus, Antiliberalismus und Demokratiefeindlichkeit, dem Nationalsozialismus nur wenig entgegenzusetzen vermochte (Dahrendorf 1965; Kaesler 1984a, b; Papcke 1986; Weyer 1984b). Ferdinand Tönnies, einer der Engagiertesten unter den damaligen DGS-Mitgliedern, der noch im Februar 1933 in Berlin eine öffentliche Rede unter dem Titel »Das freie Wort« hielt, die kurze Zeit darauf zur Aberkennung seiner Pension führte (Papcke 1986: 172f.), bemerkte so

1 Ab 1. Oktober 2010 kann eine von den Autorinnen des Beitrags verfasste und von der DGS herausgegebene 130-seitige Broschüre zur Geschichte der Soziologie im Nationalsozialismus, ihrer Aufarbeitung und der Politik der DGS bestellt werden (Bestellungen bitte an: silke.vandyk@uni-jena.de). Die Broschüre ist zudem auf dem Frankfurter Soziologiekongress am Stand der DGS zu erwerben.

1934 in einem Brief an seinen Sohn selbstkritisch: »Einige sagen (...), es sei der Erfolg meiner Theorie von Gemeinschaft und Gesellschaft, der in der NS-Ideologie vorliege, und es ist dafür einiger Grund vorhanden.« (zit. n. Kaesler 1984a: 526f.).²

Die Entwicklung der DGS nach 1933

Als im Januar 1933 die Machtübertragung an die Nationalsozialisten erfolgte, existierte die DGS zunächst weiter, obwohl ein Teil ihrer Mitglieder sich schon bald gezwungen sah, das Land zu verlassen. Was dann mit der DGS geschah, welchen Entwicklungsweg sie nach 1933 einschlug und insbesondere, wie und unter welchen Umständen es zu ihrer Stilllegung kam, ist bis heute umstritten. Über Jahrzehnte hinweg hat sich die Darstellung und Beurteilung der Geschichte der DGS während des Nationalsozialismus an der Erzählung Leopold von Wieses orientiert, der als Schriftführer der Gesellschaft selbst in die Ereignisse einbezogen war. In seinem 1959 erschienen Bericht hatte Leopold von Wiese die nach 1933 erfolgte erste Umstrukturierung des Vorstandes der DGS als Schutzmaßnahme für ihren damals (noch) amtierenden Präsidenten Ferdinand Tönnies dargestellt. Weil es dieser »mit großer Heftigkeit« ablehnte, »auch nur die kleinsten Konzessionen an die Umgestaltung des nationalen Lebens zu machen«, habe sich die Mehrheit des Vorstandes aus der Sorge heraus, dass sich der »alte Meister in schwere Ungelegenheiten stürzen würde« (von Wiese 1959: 16), entschlossen, ihn zum Amtsverzicht zu drängen. Der Vorsitz wurde in der Folge an ein »Dreimänner-Kollegium« übertragen, das aus Werner Sombart, Hans Freyer und Leopold von Wiese bestand. Dass mit Hans Freyer ein »Vertrauensmanne der Nationalsozialisten« (von Wiese 1959: 17) in das Dreimänner-Kollegium gewählt wurde, ist der Darstellung von Wieses zufolge als Kompromisslösung gedacht gewesen – ein Kompro-

² Aufbauend auf seiner dem frühen Entstehungsmilieu der deutschen Soziologie gewidmeten Studie kommt Dirk Kaesler dementsprechend zu dem ernüchternden Ergebnis: »Auch ›die‹ damaligen Soziologen leisteten keinen Beitrag zur theoretischen und praktischen Begründung und Verteidigung einer pluralistischen, bürgerlichen, demokratischen Mittelschichtengesellschaft« (Kaesler 1984b: 9), sie standen dem »zur Herrschaft kommenden Nationalsozialismus – theoretisch wie praktisch – hilflos bis anfällig gegenüber« (Kaesler 1984a: 507).

miss, dessen Scheitern sich jedoch bereits wenig später an der Forderung des Kultusministeriums, Freyer zum alleinigen »Führer« zu ernennen, gezeigt habe. In der Funktion des Vorsitzenden der DGS habe Freyer dann bereits zu Beginn des Jahres 1934 beschlossen, die Tätigkeit der Gesellschaft einzustellen.

Während in den Schilderungen Leopold von Wieses die interne Umstrukturierung der DGS »zum Kapitel Gleichschaltung gehört« (von Wiese 1959: 16), ergibt sich aufgrund der Auswertung des umfangreichen Archivmaterials aus dem Nachlass von Ferdinand Tönnies, insbesondere des Briefwechsels zwischen dem damaligen Präsidenten Tönnies und seinem Schriftführer Leopold von Wiese, ein anderes Bild. Demzufolge sind die Veränderungen im Vorstand im Zusammenhang mit einer befürchteten Gegengründung durch dezidiert pro-nationalsozialistische Fachkollegen zu sehen (Kaesler 1984; Klingemann 1996; van Dyk, Schauer 2008). Als Leopold von Wiese für August 1933 zu einer außerordentlichen Ratsitzung nach Lübeck einlud, schien dies bereits eine Reaktion auf eine Ankündigung des Jenaer Soziologieprofessors Franz Wilhelm Jerusalem gewesen zu sein, zu einem Soziologentag unter nationalsozialistischen Vorzeichen einzuladen. Der später versendete Aufruf »An die deutschen Soziologen!« war neben Jerusalem auch vom DGS-Ratsmitglied Andreas Walther unterzeichnet.³ Auf der Lübecker Ratsitzung wurde dann mit überwältigender Mehrheit nicht nur die Umstrukturierung des Vorstandes, sondern auch der Gesellschaft selbst beschlossen. Im Sitzungsprotokoll ist vermerkt: »Obwohl die Gesellschaft stets den Charakter einer reinen Forschungsgesellschaft gewahrt habe und in keiner Weise politische Richtungen irgendwelcher Art bevorzugt oder benachteiligt habe, sei es doch aus praktischen Gründen ratsam, jetzt durch Ergänzung des Mitgliederbestandes und durch eine Umbildung der Organe der Gesellschaft die Herstellung der Verbindung zur Nationalsozialistischen Bewegung zu erleichtern.« (zit. n. Kaesler 1984a: 517f.) Anscheinend hat einzig Tönnies im Nachhinein

³ Weitere Unterstützer der Einladung zu einem nationalsozialistischen Soziologentreffen in Jena waren der Frankfurter Pädagoge und Obmann des Amtes für nationalsozialistische Wissenschaft im Reichsverband der deutschen Hochschulen Ernst Kriek, der bekannte Jenaer »Rassenforscher« und Nationalsozialist Hans F.K. Günther sowie Reinhard Höhn, Assistent von Jerusalem und späterer Gründer der Lebensgebietforschung/-berichterstattung des Sicherheitsdienstes der SS.

gegen jene Beschlüsse protestiert.⁴ Möglicherweise ist es auf seinen anhaltenden Protest zurückzuführen, dass die in Lübeck gefällten Beschlüsse später aufgehoben wurden. Weder über die Zurücknahme der Lübecker Beschlüsse noch über die genaueren Umstände, die zur Ratssitzung am 29. Dezember 1933 in Berlin und zur alleinigen Ernennung Freyers zum Vorsitzenden führten, geben die Dokumente aus dem Nachlass allerdings genauere Aufschlüsse. Was die Ernennung Freyers betrifft, so scheint sie entgegen Leopold von Wieses späterer Darstellung als Konzession an die nationalsozialistisch-orientierte Organisationsgruppe des Jenaer Soziologentages zu verstehen zu sein. Einer, der damals für Freyer gestimmt hatte, war der Tönnies-Schüler Hermann Curth. In einem Brief an seinen ehemaligen Lehrer begründete er seine Entscheidung, für Freyer zu votieren, wie folgt: »Die ›Opposition‹ Freyer, Boehm, Rumpf, Walther, mit der ich vorher keine Beziehung hatte, war offenbar auch mit dem Willen zur Berliner Tagung gekommen, ein akademisch-soziologisches Gremium primär wissenschaftlichen Charakters in Deutschland zu bewahren. Das konnte nur erreicht werden, wenn man dem Gestoßen- oder Geschlucktwerden durch die Jenenser Richtung durch eigene Umorganisation zuvorkam.« (zit. n. Klingemann 1996: 24)

Nach 1934 und unter dem Vorsitz Freyers trat die DGS nur noch äußerst selten in Erscheinung, weswegen sich viele Autoren von Wieses Darstellung angeschlossen haben, dass die Gesellschaft in diesem Jahr durch ihren Präsidenten Freyer stillgelegt worden sei. Allerdings gab es keine formale Aufhebung wie im Fall des *Vereins für Socialpolitik*, dessen Mitglieder 1936 selbst die Auflösung erklärten (vgl. Boese 1939: 291).

4 »Auch die Ausschaltung von Mitgliedern des Rates, deren Herkunft etwa irgendwelcher Regierungsperson nicht gefallen möchte, war ungesetzlich, denn ›der Rat wird von der ordentlichen Mitgliederversammlung gewählt und ihm selber steht nur ein Vorschlagsrecht zu. (...) Ich protestieren daher gegen jenen Beschluss und gegen die Wahl, ohne daß ich nötig habe bei diesem Proteste geltend zu machen, daß ich auch die Sache und ihre Begründung in hohem Grade für unangemessen halte, weil sie offenbar in Anpassung an den durch die sogenannte nationale Revolution hergestellten neuen politischen Zustand sich anschließt. Ich sehe keinen sachlichen Grund für eine solche Anpassung« (Tönnies an von Wiese, 22.08.1933).

Einschätzungen zur Stilllegung der DGS und zum Fortgang der Soziologie im Nationalsozialismus

Der in der Nachkriegszeit einflussreiche Soziologe Helmut Schelsky war während der fraglichen Zeit ein Schüler von Hans Freyer. Er führt die Entscheidung Freyers, die DGS zu stillzulegen, auf dessen moralische Persönlichkeit und grundsätzlich liberale Auffassung von Wissenschaft zurück (Schelsky 1981: 23). Schelsky behauptet, die Entscheidung sei von den Nationalsozialisten akzeptiert worden, weil das Fach Soziologie ihnen zu unbedeutend geworden sei, um es in den Prozess der Gleichschaltung einzubeziehen. Vielmehr sei es der Wunsch der Nationalsozialisten gewesen, dass die Bezeichnung Soziologie aus den Universitäten verschwände, mit der Konsequenz, dass sie den Begriff bei neu geschaffenen Lehrstühlen vermieden und bei älteren ersetzten (Schelsky 1981: 25).

Sowohl die Frage nach dem Zeitpunkt der Stilllegung der DGS wie auch die Beurteilung der Rolle Freyers in diesem Zusammenhang sind allerdings bis heute umstritten. Schelskys Darstellung seines Lehrers als moralisch-integre Persönlichkeit scheint nicht nur aufgrund seiner eigenen Verstrickung in das NS-System – er war aktives Mitglied des nationalsozialistischen Studentenbundes und der SS –, sondern auch angesichts Freyers affirmativer Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen System, die sich in seinen Texten dokumentiert, fraglich (König 1982; van Dyk, Schauer 2008); Carsten Klingemann betont in Abgrenzung zu Schelsky, dass vieles darauf hindeute, dass sich Freyer mit seiner Vorstellung einer rechts-konservativen Soziologie im Dienste des Faschismus nicht gegen den dezidiert bzw. dezidierter als nationalsozialistischer Wissenschaftler auftretenden Reinhard Höhn – der über einflussreiche Kontakte in der Partei und der SS verfügte – durchsetzen konnte (Klingemann 1996: 29f.). Dem folgend wäre die Stilllegung als eine – eher frustrierte denn nationalsozialismus-kritische – Kapitulation einzustufen. Otthein Rammstedt kommt wiederum in seiner Rekonstruktion der Entwicklung der deutschen Soziologie von 1933 bis 1945 zu dem Schluss, dass die DGS unter dem Vorsitz von Freyer noch einige Jahre über 1934 hinaus aktiv gewesen sei (Rammstedt 1986: 19). Tatsächlich ist die DGS bis 1936 als Mitherausgeberin der eindeutig nationalsozialistisch ausgerichteten wissenschaftlichen Zeitschrift *Volkspiegel* aufgetreten, die von Freyer gemeinsam mit Max Hildebert Boehm und Max Rumpf editiert wurde. Zudem weist Rammstedt darauf hin, dass sich Freyer noch 1936 öffentlich als Präsident

der DGS bezeichnet habe (Rammstedt 1986: 19). Erst ab 1936 verliert sich so tatsächlich die Spur der Gesellschaft.

Ein Nachweis, dass sich die DGS nachhaltig für das Dritte Reich engagierte, lässt sich gleichwohl nicht führen. Nichtsdestoweniger wirft die Rekonstruktion der Stilllegung auf der Grundlage des Nachlassmaterials einen Schatten auf das damalige Ende der Gesellschaft. So ist M. Rainer Lepsius (1979: 28f.) zwar durchaus zuzustimmen, wenn er über die Ereignisse der Stilllegung resümiert: »Auch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie hatte zu funktionieren aufgehört (...) Unter ihrem Namen fanden keine Veranstaltungen statt, sie hat keine politisch verfolgten Mitglieder förmlich ausgeschlossen, keine neuen und möglicherweise nationalsozialistischen Mitglieder aufgenommen und keine Mitgliedsbeiträge erhoben.« Die mit den Lübecker Beschlüssen erfolgte – und später revidierte – Grundsteinlegung für eine nationalsozialistisch geprägte »Umstrukturierung« der Fachgesellschaft, die auch den Ausschluss jüdischer und emigrierter Kollegen festlegte, verweist jedoch auf die Anfälligkeit wie Hilflosigkeit, mit der der damalige Vorstand auf den Nationalsozialismus reagierte.

Als Standesvertretung hatte die DGS ihre Arbeit also bereits während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft niedergelegt. Wie aber erging es der Soziologie als akademischer Disziplin? Ist mit dem Abschied ihrer Standesvertretung die Soziologie tatsächlich aus den Universitäten verschwunden? Lange Jahre ist das Bestehen eines ernstzunehmenden soziologischen Engagements im Nationalsozialismus bezweifelt worden (von Wiese 1948; Lepsius 1979; 1981; kritisch dazu bereits: Maus 1959). So sahen sich zahlreiche Wissenschaftler angesichts des Aufstieges des Nationalsozialismus zur Emigration gezwungen: Den Schätzungen von M. Rainer Lepsius zufolge emigrierten etwa zwei Drittel der Soziologieprofessoren infolge der Machtübertragung an die Nationalsozialisten aus politischen Gründen oder weil sie als Juden diskriminiert und verfolgt wurden (Lepsius 1979: 26). Ferner mussten auch zahlreiche jüngere Soziologen, darunter Karl Mannheim und René König, sowie der Soziologie nahe stehende Wissenschaftler wie Helmuth Plessner und Theodor W. Adorno das Land verlassen. Neben dem personellen Verlust, den die Emigration für die Soziologie in Deutschland bedeutete, galt eine Soziologie unter nationalsozialistischem Vorzeichen vielen aber auch deswegen als unmöglich, »weil der rassistische Determinismus der nationalsozialistischen Weltanschauung das Gegenprogramm einer soziologischen Analyse darstellte« (Lepsius 1979: 29). Dementgegen attestiert Kaesler, der sich eingehend mit

der Soziologie zwischen 1909 und 1934 beschäftigt hat, jedoch einem Drittel der bedeutsamen Soziologen der Weimarer Republik eine im weiteren Sinne pro-nationalsozialistische Einstellung, »nämlich Boehm, Breyzig, Freyer, Günther, Michels, Plenge, Ploetz, Rothacker, Rumpf, Sombart, Spann, Stoltenberg, Thurnwald und Walther« (Kaesler 1984a: 509).⁵ Und er fährt fort: »Die verbleibenden zwei Drittel unserer 39 frühen deutschen Soziologen, jene also, die wir nicht als »pro«-nationalsozialistisch einstufen, verteilen sich ziemlich genau jeweils zur Hälfte in die beiden verbleibenden »Reaktions«-Muster: 12 emigrierten und 13 blieben, wobei wir nicht weiter differenzieren wollen, wie dieses »Verbleiben« im Einzelfall zu interpretieren ist« (Kaesler 1984a: 509).

Das nationalsozialistische Soziologentreffen in Jena

Es waren vor allem jene Soziologen, die der ersten Gruppe zuzuordnen sind, die am 6. und 7. Januar 1934 das von Medien und Politik viel beachtete Soziologentreffen in Jena organisierten. In dem im November 1933 versendeten Aufruf »An die deutschen Soziologen!« hieß es wörtlich: »Wenige Wissenschaften haben in der Epoche der deutschen Staats- und Volkswendung, die mit dem Frühjahr dieses Jahres angebrochen ist, unmitttelbar so umfassende und große Aufgaben zu erfüllen wie die Soziologie. Der Aufforderung des Reichskanzlers zur Mitarbeit an alle, die guten Willens sind, darf sich deshalb der deutsche Soziologe nicht entziehen. Das Schicksal des deutschen Volkes und seiner Zukunft liegt auch in seiner Hand.« (zit. n. Kaesler 1984a: 520). Die Zusammenkunft in Jena, die im Vorfeld für reichlich Bewegung innerhalb der DGS gesorgt hatte, war von dieser zwar nicht formal autorisiert, wurde aber von zahlreichen DGS-Mitgliedern besucht. Wie eine erhalten gebliebene Mitteilung belegt, ist den DGS-Mitgliedern die Teilnahme an diesem dezidiert nationalsozialistisch ausgerichteten Soziologentreffen im Vorfeld von ihrem damaligen Präsi-

⁵ Nicht berücksichtigt sind in dieser Schätzung diejenigen Soziologen, die auch mit dem Nationalsozialismus sympathisierten oder sogar dezidierte Nationalsozialisten waren, die für die Entwicklung der frühen deutschen Soziologie zwischen 1909 und 1934 jedoch aufgrund ihres Alters oder ihrer vergleichsweise geringen wissenschaftlichen Reputation keine große Rolle gespielt haben. Dies trifft unter anderem auf Gunther Ipsen, Franz Wilhelm Jerusalem, Karl Valentin Müller, Karl Heinz Pfeffer und Werner Ziegenfuß zu.

denen sogar nahe gelegt worden. So heißt es wörtlich in einer auf den 30. Dezember 1933 datierten Mitteilung Hans Freyers: »Sehr geehrter Kollege! Am 6. und 7. Januar 1934 wird von befreundeter Seite ein Treffen deutscher Soziologen veranstaltet. Die Mitgliederversammlung hat davon Kenntnis genommen und empfiehlt den Mitgliedern unserer Gesellschaft, der Einladung nach Jena, wenn möglich, Folge zu leisten, zumal sich dort die Gelegenheit zur Aussprache über die Ausgestaltung unserer Gesellschaft finden dürfte. Heil Hitler! (gez.) Hans Freyer« (zit. n. Klingemann 1996: 24f.) Laut Klingemann (1996: 40f.) haben 16 Wissenschaftler, von denen elf Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie waren, an dem Treffen teilgenommen; allerdings ist nicht bei allen Genannten die Teilnahme zweifelsfrei geklärt (van Dyk, Schauer 2008: 107).

Inhaltlich standen auf jenem Treffen die »Soziologie der Gemeinschaft« und ihre Realisierung im sich konstituierenden NS-Staat im Zentrum (van Dyk, Schauer 2008: 108). Der dezidiert nationalsozialistische Charakter des Treffens dokumentiert sich allerdings nicht nur in der inhaltlichen Ausrichtung, sondern ebenso in der Liste der Teilnehmer. Neben den geladenen Wissenschaftlern besuchten auch politische Vertreter des nationalsozialistischen Systems die Tagung. Am zweiten Konferenztage wurde zudem ein Telegramm mit einem Grußwort der Thüringischen Landesregierung verlesen. Der Minister für Inneres und Volksbildung, Fritz Wächtler, schrieb: »Zu dem hochbedeutsamen Treffen der Deutschen Soziologen in Jena sende ich beste Grüße und aufrichtige Wünsche für erfolgreiche Arbeit im neuen Staat« (zit. n. Jenaische Zeitung, 7.1.1934). Wie der umfangreichen Berichterstattung in wissenschaftlichen wie tagespolitischen Zeitungen zu entnehmen ist, wurde das Treffen sowohl seitens der Veranstalter als auch seitens der Regierungsvertreter als erfolgreicher Beitrag zum Verständnis der neuen Staatsgestaltung gewertet (van Dyk, Schauer 2008: 107f.). So resümierte der *Völkische Beobachter*, der zweimal ausführlich über das Treffen berichtete: »Das Treffen der deutschen Soziologen in Jena bedeutet einen Markstein in der Geschichte der Wissenschaft. (...) Folgende Ergebnisse lassen sich festhalten: 1. Nur eine Soziologie der Gemeinschaft kann in der heutigen Zeit zur Gestaltung der Volksgemeinschaft etwas sagen. Wissenschaft und Praxis müssen aufs engste zusammenarbeiten. 2. Rasse und Gemeinschaftsgestaltung hängen aufs engste zusammen. 3. Die Soziologie der Gemeinschaft ist dringend notwendig zur Umgestaltung unserer Wissenschaft, die in ihrer Begriffsbildung noch stark auf individualistischer Basis ruht. 4. Eine Soziologie der Gemeinschaft gibt uns die

Grundlage für die Reform der Universität« (Völkischer Beobachter vom 11.1.1934). Angesichts dieser positiven Resonanz und der dezidiert nationalsozialistischen Ausrichtung der Tagung kann von der viel beschworenen grundsätzlichen Unvereinbarkeit von deutscher Soziologie und nationalsozialistischer Ideologie nicht die Rede sein.

Die inhaltliche Entwicklung der Soziologie nach 1933

Welche inhaltliche Entwicklung nahm die Soziologie aber nach 1933 und inwiefern entfernte sie sich damit von ihren Weimarer Wurzeln? Zweifellos sind nicht wenige bedeutsame Traditionslinien der Soziologie dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallen, weil sie aufgrund ihres liberalen Wissenschaftsverständnisses nicht mit der nationalsozialistischen Ideologie vereinbar waren. Dies gilt für Mannheims Wissenssoziologie ebenso wie für die ideologiekritische Ausrichtung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Nicht zuletzt die Reihe namhafter Fachvertreter, die auch über 1933 hinweg an deutschen Universitäten tätig waren, zeigt jedoch, dass es keinesfalls die Soziologie als solche war, die der Verfolgung der Nationalsozialisten zum Opfer fiel (vgl. Kaesler 1984a; König 1987; Maus 1959; Stöltzing 1984). So sieht auch König, der noch in den 1950er Jahren die Abbruchthese gestützt hatte, Ende der 1980er Jahre eine Kontinuitätslinie vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus, die zwar nicht den einzigen, aber auch keinen zu vernachlässigenden soziologischen Traditionsbestand der Weimarer Republik gebildet habe: »[W]ir müssen uns weiter nach diesen frühen »Entstehungsmilieus« der Soziologie fragen. Und das führt ganz eindeutig auf die schon vorher aufgegriffene Frage des endemischen deutschen Antisemitismus, Antiliberalismus, Antidemokratismus, Antisozialismus, Antiurbanismus usf. zurück, kulturelle Erklärungskomplexe, die alle zusammen aus dem Kaiserreich kontinuierlich in die Weimarer Republik bis zum Nationalsozialismus weiterlaufen, so daß eigentlich kaum von einem Umbruch gesprochen werden kann« (König 1987: 413).

Eine umfassende »Vertreibung« der Soziologie aus den deutschen Universitäten hat keineswegs stattgefunden, im Gegenteil: einige soziologische Teilbereiche scheinen während des Dritten Reichs sogar einen Aufschwung erlebt zu haben. Verschiedene Autoren gehen davon aus, dass aufgrund des erhöhten Bedarfs totalitärer Systeme an exklusiv, aber sach-

gemäß erhobenen Daten über die soziale Wirklichkeit von einer Professionalisierung und Institutionalisierung der empirischen Soziologie unter der Herrschaft der Nationalsozialisten gesprochen werden kann (Klingemann 1981; 1986; Rammstedt 1986; Weyer 1984a; 1984c). Dafür spreche die Gründung und Etablierung einer Reihe neuer – auch außeruniversitärer – Sozialforschungseinrichtungen während des Nationalsozialismus. Ein ebenso erschreckendes wie eindruckliches Beispiel für die Kompatibilität einer lediglich zweckrational auf die Instandhaltung gesellschaftlicher Stabilität ausgelegten empirischen Sozialforschung mit nationalsozialistischen Vernichtungsplänen bilden in diesem Zusammenhang die Arbeiten der Forschungsgemeinschaft »Notararbeit 51« unter der Leitung Andreas Walthers, der seit 1922 Mitglied der DGS war und 1929 in ihren Rat aufstieg. Die am Hamburger Institut für Soziologie erhobene Studie zu »gemeingefährlichen Regionen« diente als wissenschaftliche Grundlage der Aussonderungs- und Vernichtungskampagnen während des Nationalsozialismus (Walther 1936; Roth 1987).

Allerdings ist nicht nur die These dieser Hinwendung zur empirischen Sozialforschung unter nationalsozialistischen Vorzeichen, sondern insbesondere auch die Einschätzung umstritten, ob es sich bei diesen Arbeiten überhaupt um (solide) empirische Sozialforschung gehandelt habe: »Man wird nicht empirischer Soziologe, indem man für die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung Tabellen erstellt oder Untersuchungen bei Landarbeitern anstellt«, konstatierte zum Beispiel der Soziologie Erwin Scheuch (2000: 183). Die sowohl institutionelle als auch personelle und methodische Einbindung einiger NS-Forschungsinstitute in einen sozialwissenschaftlichen Kontext nach 1945 muss allerdings als Hinweis darauf gesehen werden, dass durchaus eine Traditionslinie zur nationalsozialistisch initiierten empirischen Sozialforschung (fort-)bestand.

All dies bestätigt die Einschätzung, dass Emigration entgegen der populären und weit verbreiteten Deutung offensichtlich nicht die einzige Reaktion der Soziologen auf das nationalsozialistische System war: Nicht wenige Soziologen versuchten, das Dritte Reich in Deutschland zu überstehen. Die am wenigsten Angepassten riskierten dabei ihre berufliche Entwicklung; um diesem Risiko zu entgehen, dienten andere ihre Lehre – auf unterschiedliche Arten und Weisen – dem Nationalsozialismus an; wieder andere bekannten sich offen zur nationalsozialistischen Ideologie und feierten die Etablierung des nationalsozialistischen Regimes als »Stunde der Soziologie« (Eschmann, zit. n. Klingemann 1981: 278). Gerade am Um-

gang der in Deutschland verbliebenen Fachvertretung mit dem neuen Regime zeigt sich, dass es mehr als nur feine Unterschiede hinsichtlich der Bereitwilligkeit gab, sich auf die neuen Machthaber einzulassen. Eine einfache Antwort auf die Frage nach Umfang und Ausmaß der Kompromittierung der Soziologie im Nationalsozialismus wird vor diesem Hintergrund nahezu unmöglich.

Nach 1945

Nach Beendigung der nationalsozialistischen Herrschaft gelang fast allen der im Nationalsozialismus tätigen Fachvertreter und nicht wenigen der NS-Forschungsinstitute die (Re-)Integration in den soziologischen (Wissenschafts-)Betrieb. Lepsius weist darauf hin, dass alle zwischen 1933 und 1945 in der Soziologie Habilitierten nach 1945 noch oder wieder im akademischen Betrieb wirkten (Lepsius 1979: 64). Weder personell noch institutionell ging also die Befreiung Deutschlands mit einem radikalen Bruch innerhalb der Soziologie einher. Dass auch vielen der stark vorbelasteten Soziologen relativ mühelos der Übergang in die bundesdeutsche Soziologie gelang, steht fraglos im Zusammenhang mit der raschen Entstehung des Mythos der Unvereinbarkeit von Soziologie und nationalsozialistischer Ideologie. Dieser wurde gleichermaßen – wenn auch aus ganz verschiedenen Gründen – seitens der Emigrierten wie der im Lande verbliebenen Fachvertretung genährt und verhinderte für viele Jahre eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Soziologie im Dritten Reich. Erst vierzig Jahre später, in den 1980er Jahren, begann eine differenzierte Aufarbeitung der fachwissenschaftlichen Vergangenheit. Wichtige Beiträge dazu leisteten die Arbeiten von Lepsius (1979; 1981), Kaesler (1984a; b), Klingemann (1981, 1986), Bergmann et al. (1981), Weyer (1984a; b; c) und Rammstedt (1986). Bis heute ist allerdings die Beurteilung des soziologischen Engagements im Nationalsozialismus ebenso wie die Rolle einzelner Personen umstritten geblieben (vgl. beispielsweise Klingemann 1996; Kaesler 1997).

Gerade angesichts der Einstimmigkeit, mit der über viele Jahre hinweg von der Emigration eines ganzen Faches berichtet und ausgegangen wurde, überrascht die die Nachkriegsjahrzehnte prägende Nichtbeachtung der Zeit des Nationalsozialismus seitens der Soziologie. Inhaltlich wie institutionell wird diese Nichtbeachtung auch an der Geschichte der Reaktivierung der

DGS offenkundig: So wurde in der Satzung von 1946 »Persönlichkeiten im Ausland« – und damit den vor den Nationalsozialisten in die Emigration gezwungenen Fachkollegen – die vollwertige Mitgliedschaft in der Gesellschaft versagt. Auch auf dem ersten Nachkriegskongress im September 1946 in Frankfurt am Main blieb die Perspektive und die Situation der emigrierten Soziologen eine Leerstelle.⁶ Ebenso wenig trat dort der Nationalsozialismus als Gegenstand soziologischer Forschung in den Blick. In seinem Vortrag »Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet« forderte Leopold von Wiese als Vorsitzender der wiedergegründeten DGS die Soziologie sogar zum Schweigen über den nationalsozialistischen Terror auf: »Und doch kam die Pest über die Menschen von außen, unvorbereitet, als ein heimtückischer Überfall. Das ist ein metaphysisches Geheimnis, an das der Soziologe nicht zu rühren vermag« (von Wiese 1948: 29).

Während die umfassende Aufarbeitung der Fachgeschichte im Nationalsozialismus in den 1980er Jahren einsetzte, hat sich an der »Leerstelle Nationalsozialismus« als Gegenstand soziologischer Forschung bis heute wenig geändert. Die Analyse des Nationalsozialismus wurde weitestgehend den Historikern überlassen, auf keinem Soziologiekongress seit 1946 hat die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine zentrale Stellung im Hauptprogramm eingenommen.

Literatur

- Bergmann, W., Dittmar, W., Müggenburg, H. (1981): *Soziologie im Faschismus 1933–1945*, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Boese, F. (1939): *Geschichte des Vereins für Socialpolitik 1872–1932*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Dahrendorf, R. (1965): *Soziologie und Nationalsozialismus*. In: A. Flintner (Hg.), *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus*, Tübingen: Wunderlich, 108–124.

⁶ Nur einmal und lediglich in einem Satz wird das Schicksal der emigrierten Soziologen erwähnt. Über die während des Nationalsozialismus ermordeten Kollegen verlor keiner der Anwesenden auch nur ein Wort. Den Recherchen Helmut Steiners zufolge sind aber mindestens 16 Wissenschaftler, die (auch) als Soziologen lehrten und forschten, von den Nationalsozialisten ermordet oder in den Selbstmord getrieben worden (Steiner 2006: 14ff.).

- van Dyk, S., Schauer, A. (2008): Kontinuitäten und Brüche, Abgründe und Ambivalenzen. Die Soziologie im Nationalsozialismus im Lichte des Jenaer Soziologentreffens von 1934. In: S. van Dyk, St. Lessenich (Hg.): Jena und die deutsche Soziologie. Der Soziologentag 1922 und das Soziologentreffen 1934 in der Retrospektive, Frankfurt a.M.: Campus, 99–120.
- Kaesler, D. (1984a): Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung, Opladen: Westdeutscher Verlag [Nachdruck 1991].
- Kaesler, D. (1984b): Soziologie zwischen Distanz und Praxis. Zur Wissenschaftssoziologie der frühen deutschen Soziologie 1909-1934. *Soziale Welt*, 35. Jg., Heft 1/2, 5–47.
- Kaesler, D. (1997): Soziologie und Nationalsozialismus. Über den öffentlichen Gebrauch der Historie. *Soziologie*, 26. Jg., Heft 3, S. 20–32.
- Klingemann, C. (1981): Heimatsoziologie oder Ordnungsinstrument. Fachgeschichtliche Aspekte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945. In: M.R. Lepsius (Hg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte* (Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag, 273–307.
- Klingemann, C. (1986): Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung? Unerwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945. In: S. Papcke (Hg.), *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 223–279.
- Klingemann, C. (1996): *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden: Nomos.
- König, R. (1982): Die alten Geister kehren wieder ... Helmuth Plessner zum 90. Geburtstag am 4. September 1982. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 34. Jg., Heft 3, 538–548.
- König, R. (1987): *Soziologie in Deutschland. Begründer/Verächter/Verfechter*. München, Wien: Hanser.
- Lepsius, M.R. (1979): Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967. In: G. Lüschen (Hg.), *Deutsche Soziologie nach 1945* (Sonderheft 21 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag, 25–70.
- Lepsius, M.R. (1981): Die Soziologie der Zwischenkriegszeit: Entwicklungstendenzen und Beurteilungskriterien. In: M.R. Lepsius (Hg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte* (Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag, 7–23.
- Maus, H. (1959): Bericht über die Soziologie in Deutschland 1933 bis 1945. In: R. König (Hg.), *50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1909–1959*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11. Jg., Heft 1, (zugleich: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages in Berlin vom 20. bis 24. Mai 1959), 72–99.

- Papcke, S. (1986): Weltferne Wissenschaft. Die deutsche Soziologie der Zwischenkriegszeit vor dem Problem des Faschismus/Nationalsozialismus. In: S. Papcke (Hg.), *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 168–222.
- Rammstedt, O. (1986): *Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Roth, K.H. (1987): Städtesanierung und »ausmerzende« Soziologie. Der Fall Andreas Walther und die »Notarbeit 51« der »Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft« 1934–1935 in Hamburg. In: C. Klingemann (Hg.), *Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 370–393.
- Schelsky, H. (1981): *Rückblicke eines »Anti-Soziologen«*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scheuch, E.K. (2000): Antwort zum Beitrag von Carsten Klingemann. *ZUMA-Nachrichten* 46, 24. Jg., 181–186.
- Steiner, H. (2006): *Gesellschaftsanalyse und Ideengeschichte – aus biographischer Perspektive, Dokumentation eines Vortrags am Wissenschaftszentrum Berlin*. WZB Discussion Paper P 2006-008, Berlin: WZB.
- Stölting, E. (1984): Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Soziologie 1933/34. *Soziale Welt*, 35. Jg., Heft 1/2, 48–59.
- Walther, A. (1936): *Neue Wege zur Großstadtsanierung*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Weyer, J. (1984a): *Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluss*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Weyer, J. (1984b): 75 Jahre Kapitulation vor der Wirklichkeit. Betrachtungen zu einem Jubiläum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. *Soziologie*, 13. Jg., Heft 2, 91–101.
- Weyer, J. (1984c): Die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (1935–1941) – Ein Beispiel für Soziologie im Faschismus. *Soziale Welt*, 35. Jg., Heft 1/2, 124–145.
- von Wiese, L. (1948): Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet. In: *Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie: Verhandlungen des achten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt a. M.*. Tübingen: Mohr, 20–39.
- von Wiese, L. (1948/1949): Nach abermals zwölf Jahren. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1. Jg., Heft 1, 1–4.
- von Wiese, L. (1959): Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Persönliche Eindrücke in den ersten fünfzig Jahren (1909–1959). In: R. König (Hg.), *50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1909-1959*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11. Jg., Heft 1 (zugleich: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages in Berlin vom 20. bis 24. Mai 1959), 11–20.